

*Auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 13. Dezember 2018 in Hamburg gab für die Fraktion DAK-VRV der Vorsitzende Rainer Schumann folgende Stellungnahme ab. Er nahm darin Bezug auf das Statement des Verwaltungsratsvorsitzenden Dieter Schröder und den Bericht des Vorstandes.*

---

### **Rainer Schumann, Vorsitzender der Fraktion DAK-VRV**

„In unserer letzten Sitzung haben wir hier zu dem wichtigen Thema Organspende ausgeführt und die ernst gemeinte Frage gestellt, ob es für die DAK-Gesundheit kostengünstiger wäre, Transplantationen durch eine höhere Vergütung zu fördern. Die Antwort haben wir bekommen, aber von der Politik. Es war ein klares „JA“. Die Fraktion DAK-VRV begrüßt die Änderung des Transplantationsgesetzes, nach dem potenzielle Organspender besser identifiziert werden und die Kliniken eine leistungsgerechte Vergütung für die intensivmedizinischen Maßnahmen erhalten. Der Gesetzgeber berücksichtigt, dass die notwendigen Gespräche mit den Angehörigen schwierig sowie aufwendig aber häufig entscheidend sind. Es darf nie der Verdacht aufkommen, dass das medizinische Interesse an einer Organspende Einfluss auf die Behandlung nimmt oder genommen hat. Gleichwohl steht jeder, auch jeder von uns, vor der Gewissensfrage, ob er Spender sein will oder nicht. Deshalb rufen wir nicht allgemein zur Organspende auf. Aber: wir fordern die Beseitigung von organisatorischen Hindernissen, das Erschweren kriminellen Handelns und –wenn es dann doch geschehen ist – deren konsequente juristische Aufarbeitung.

Die Fraktion DAK-VRV unterstützt die Forderung in der Großen Koalition nach Abschaffung des „Arbeitgeberanteils“ zum Krankenversicherungsbeitrag für Millionen von Arbeitnehmern, die eine Betriebsrente oder Leistungen von einer Direktversicherung zur Altersvorsorge beziehen. Bei den Direktversicherten allein sind es über 6 Millionen. Die heutige Praxis widerspricht doch einem sonst immer hoch gehaltenen Prinzip: keine Mehrfachverbeitragung. Würde sie vollends abgeschafft werden, kostet das die GKV zwischen 2,4 und 3 Milliarden Euro jährlich. Es liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie Zwischenlösungen aussehen könnten, die weniger kosten. Die Kosten sind ein wichtiger Aspekt, da die GKV einen finanziellen Ausgleich fordert. Offen ist aber, aus welchem Säckel das bezahlt werden soll. Daran ändert auch der Beschluss des CDU-Parteitages nichts. Wie bei der Einführung der Parität beim GKV-Beitrag würde es also ebenfalls ungefähr 18 Jahre dauern, bis diese soziale Ungerechtigkeit – nämlich die Doppelverbeitragung – abgeschafft wird. Manche Bretter sind eben dicker. Wer aber aufhört zu bohren, wird mit seiner Forderung nie durchdringen. Der Wunsch unseres Verwaltungsratsvorsitzenden, dass ein Einsatz von uns – ich zitiere: - „auch gegenüber der Politik Früchte trägt“ wird voll mitgetragen. Das sollte man sich auch in der gegenwärtigen sozialpolitischen Beratung zum RSA deutlich vor Augen halten.

Die Fraktion DAK-VRV begrüßt sehr, dass die DAK-Gesundheit Strukturen für ein eigenes Entlassmanagement entwickelt hat. Auch unsere DAK-Gesundheit preist aus nachvollziehbaren Gründen die Vorteile überwiegend für Junge und Familien an. Diesen Vorwurf der Älteren und Single hören wir gelegentlich von Versicherten. Der sperrige Begriff Entlassmanagement wird einem sehr schnell sympathisch, liest man den Sinn und Zweck und macht sich mit dem Hintergrund vertraut. Es geht um die Sicherstellung der ambulanten Versorgung und somit ein möglichst lückenloser Übergang zur Anschlussversorgung. Die gestaltet sich insbesondere bei älteren Alleinstehenden schwierig.

Das Thema der Reorganisation der DAK-Gesundheit – insbesondere der Zentrale – beherrscht den derzeitigen Alltag unserer Kasse zu sehr, als dass man es unter diesem Tagesordnungspunkt unserer Sitzung ignorieren darf. Auch wenn unser Vorsitzender dazu auf seine Weise bereits umfassend ausgeführt hat: die Fraktion DAK-VRV unterstützt die unter der Verantwortung unseres Vorstandes laufende Reorganisation der Kasse, wie wir schon öfter zum Ausdruck gebracht haben. Wir hatten das gute Einvernehmen zwischen dem heutigen Vorstand und dem HPR begrüßt. Unsere Position bleibt: die Reorganisation der DAK-Gesundheit muss vor allem den Versicherten, also unseren Kunden, nützen. Dieses Ziel wäre gefährdet durch Diskrepanzen zwischen dem Vorstand und den Mitarbeitern der Kasse, wenn diese nicht in allen Hierarchiestufen von dem Projekt überzeugt sind. Unser Vorsitzender spricht sinngemäß von „Schritten, die nicht für jeden nachvollziehbar sind“. Wir haben als Fraktion DAK-VRV nicht Partei zu ergreifen und uns stände erst recht nicht zu, Details zu beurteilen. Aber: wir werden weiterhin kritisch/konstruktiv begleiten und nachfragen, ob die Reorganisation erfolgreich, d. h. im bislang geplanten zeitlichen Rahmen und mit vertretbarem Aufwand, zu Ende geführt wird. Wir erwarten, dass in den zuständigen Gremien unserer Selbstverwaltung weiterhin laufend berichtet wird.

Die Privatisierung im Gesundheitssystem nimmt Fahrt auf. Im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung hatten wir schon ausgeführt: „Es ist nun einmal problematisch, soziale Aufgaben verstärkt den Kräften des Marktes zu überlassen.“ Der Pflegereport der Kasse wird Ihnen das bestätigen. Das ist aber offensichtlich nur der Anfang. Die Ärzte-Zeitung titelte am 6. November 2018: Kassenzahnärzte warnen vor Ausverkauf von Versorgungsstrukturen an Finanzinvestoren. Seit 2015 ist es möglich, dass in einem Versorgungszentrum Ärzte nur aus einer Fachrichtung, z. B. Zahnärzte, tätig sind und Leistungen anbieten. Diese rechtliche Gestaltungsmöglichkeit wird nach Aussage der Zahnärzte bei uns von mehreren Investoren aktiv genutzt, z.B. von einer namhaften deutschen Kaffee-Dynastie. Auch eine Folge davon

sei ein Ärztemangel auf dem Land. Das Thema kennen wir ja schon. Die Zahnärzte weiter: die Übernahme von Zahnarztpraxen von Spekulanten sei die größte Bedrohung, die es im zahnärztlichen Bereich je gab. Die Gegenposition: die Interessenvertretung dieser Versorgungszentren bezeichnet ihr Engagement als unverzichtbaren Teil der Versorgung.

Lassen Sie mich bitte weiter ausführen und zwar zum Krankenhausbereich, einem unseren größten Ausgabesektoren. Der Interessenverband Kommunalen Krankenhäuser (IVKK) bereitet eine Verfassungsklage vor. Sie soll Karlsruhe davon überzeugen, dass eine zunehmende kommerzielle Ausrichtung der Krankenhäuser nicht mit dem Sozialstaatsprinzip vereinbar und deshalb zu stoppen sei. Sie seien nicht mehr eine Einrichtung der gesellschaftlichen Daseinsfürsorge. Die Konzerne setzten beim Personal den Rotstift an und senkten vor allem im Pflegebereich die Personalkosten. Die Profitabilität bei den staatlichen Krankenhäusern sei doppelt so hoch wie bei den privaten. Eine Zwischenbemerkung: diese Aussage habe ich bisher noch nicht gehört. Josef Hecken, der GBA-Chef, stellt eine Verbindung her zwischen den Begriffen Patientenschutz und Fehlanreiz in Kliniken. Insbesondere der Einsatz von Chemotherapie bei Krebspatienten im Endstadium und lebensverlängernde Maßnahmen in den letzten zwei Lebenswochen werden als „Überbehandlung“ bezeichnet. Die wahren Bedürfnisse multimorbider Patienten würden hintangestellt. Es stellt sich natürlich die Frage, wann die letzten zwei Wochen eines Menschen beginnen. Möglicherweise fragen Sie sich: was hat das direkt mit uns, mit der DAK-Gesundheit zu tun? Wir bezahlen die Behandlung unserer Versicherten. Wenn die Kritiker der Privatisierung auch nur teilweise richtig liegen, kaufen wir für die Beiträge unserer Mitglieder eine sich zunehmend verschlechternde Leistung. Die Renditen der Investoren steigen zu Lasten der Beschäftigten, aber auch zu Lasten der Patienten, unserer Versicherten. Und das kann nicht in unserem Sinne sein. Die Fraktion der DAK-VRV würde es begrüßen, wenn der Vorstand der DAK-Gesundheit seine Sicht zu diesen Dingen darstellt. Das Thema ist sozial- und gesundheitspolitisch hochbrisant.

Die letzten dunklen Tage des Jahres liegen vor uns, aber trösten wir uns: in gut einer Woche geht es wieder aufwärts. Im Namen der Fraktion DAK-VRV und in meinem eigenen bedanke ich mich für 12 Monate kollegiale Zusammenarbeit. Ich wünsche Ihren Familien und Ihnen frohe Festtage und ein gesundes 2019.“